E-07 Dringlichkeitsantrag: Wir stehen an der Seite aller Demokrat*innen in der Türkei

Antragsteller*in: Claudia Roth (KV Augsburg)
Tagesordnungspunkt: E Zukunft Europa

Die neuen und verschärften Verhaftungen und Massenentlassungen in der Türkei vergangene Woche schockieren und besorgen uns zutiefst. Sie sind ein weiterer trauriger Höhepunkt der seit längerem andauernden Aushöhlung von Rechtsstaat, Demokratie und gesellschaftlichem Frieden in der Türkei durch Präsident Erdoğan und die türkische Regierung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen fest an der Seite derjenigen in der Türkei, die für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Weltoffenheit eintreten. Wir kritisieren die jüngsten Verhaftungen von Journalist*innen der Cumhurriyet und zahlreicher HDP-Abgeordneter inklusive der Vorsitzenden dieser demokratischen Oppositionspartei aufs aller Schärfste. Auch die Europäische Union und vor allem die Bundesregierung müssen das Vorgehen Erdoğans endlich klar kritisieren und darauf scharf reagieren.

Für uns GRÜNE ist die türkische Gesellschaft Teil der europäischen Gesellschaft. Die Türkei und Europa verbindet viel mehr als uns trennt. Allein in Deutschland leben fast drei Millionen türkeistämmige Menschen. Millionen Deutsche haben Freund*innen in der Türkei und verbringen dort regelmäßig ihren Urlaub, 5,5 Millionen allein in 2015. Die gegenseitige Berichterstattung ist intensiv und die wirtschaftlichen Beziehungen sind durch die Zollunion tief verankert. Und auch in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft gibt es zahlreiche und wertvolle Kooperationen. Die Wirtschaftsleistung sowohl der EU als auch der Türkei hat in den vergangenen Jahrzehnten auch aufgrund der engen Beziehungen stark zugenommen.

Aber diese Beziehungen zwischen der Türkei und der EU haben in den vergangenen Jahren dramatisch gelitten. Immer weiter hat die Türkei in dieser Zeit den Pfad von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verlassen. Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan beschneidet massiv Demokratie und Rechtsstaatlichkeit des Landes. Die Türkei unter Erdoğan wandelt sich zur Diktatur. Auch für uns in Europa hat die Krise in der Türkei direkte Auswirkungen.

In der ersten Novemberwoche 2016 erreichte die Repressionswelle gegenüber Andersdenkenden in der Türkei eine neue Dimension: Insbesondere die Verhaftung von 13 Journalist*innen der regierungskritischen Tageszeitung „Cumhuriyet“ in der Nacht vom 3. auf den 4. November 2016 stellt einen traurigen Höhepunkt für die seitens der türkischen Regierung betriebene Aushebelung der Pressefreiheit dar. Die nur wenige Tage darauf erfolgte Verhaftung von elf Abgeordneten der Oppositionspartei HDP, darunter der beiden Ko-Vorsitzenden Figen Yüksekdağ und Selahattin Demirtaş, ist ein Schlag gegen den demokratischen und pluralistischen Parlamentarismus in der Türkei, der religiösen und ethnischen Minderheiten eine Stimme und gleichberechtigte Teilhabe gibt. Die demokratisch legitimierte AKP-Regierung schafft so die Demokratie in der Türkei ab. Durch ein zunehmendes Aushebeln rechtsstaatlicher Strukturen gibt es immer weniger eine unabhängige Justiz und freie Presse, die dieser Entwicklung nun Einhalt bieten könnten. Die AKP-Regierung und Staatspräsident Erdoğan verwandeln die Politik des Landes mehr und mehr in eine Willkür der Mehrheit gegenüber Minderheiten und kritischen Stimmen.

Wir dürfen die gegenwärtige Stimmungsmache türkischer Regierungsmitglieder nicht unbeantwortet lassen. Unsere Antworten werden deutlich, jedoch sachlich und konstruktiv sein. Alle, die in Deutschland für oder gegen Erdoğan auf die Straße gehen, müssen ihre

Proteste friedlich gestalten. Die tiefe Spaltung der türkischen Gesellschaft darf aber nicht das friedliche und tolerante Zusammenleben in Deutschland und Europa gefährden.

Für eine friedliche Lösung mit den Kurd*innen

Selahattin Demirtaş steht stellvertretend für viele andere für eine friedliche und politische Lösung der Kurdenfrage in der Türkei. Wir Grüne haben die HDP bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 und November 2015 unterstützt. Sie hat es geschafft, ein breites Bündnis progressiver und liberaler Kräfte in der Türkei, weit über das kurdische Spektrum hinaus, hinter sich zu versammeln. Wir fordern die sofortige Freilassung von Selahattin Demirtaş, Figen Yüksekdağ, aller festgenommenen HDP-Abgeordneten sowie der festgenommenen Journalist*innen. Darüber hinaus muss es für alle Menschen, die im Nachgang des gescheiterten Putschversuchs verhaftet, von ihren Arbeitsstellen entfernt oder in anderer Form politisch verfolgt und sanktioniert wurden, sofort einen Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren geben.

Seit dem Wahlerfolg der HDP bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 und der Aufkündigung des Friedensprozesses in den kurdischen Gebieten einen Monat später hat die Repression gegenüber kritischen Stimmen massiv zugenommen. Die kurdischen Gebiete sind besonders stark davon betroffen. Der Bürgerkrieg führte zur Zerstörung mehrerer Städte, wie der historischen Altstadt von Diyarbakir. Mehrere hundert Menschen wurden getötet, hunderttausende Menschen sahen keinen anderen Ausweg, als ihre Heimat zu verlassen. Präsident Erdoğan, dem die EU mit dem Flüchtlings-Deal das Schicksal von über zwei Millionen Flüchtlingen überlässt, schafft in seinem eigenen Land damit neue Fluchtursachen.

Klar ist, wir GRÜNE verurteilen jede Form der Gewalt und Eskalation im innertürkischen Konflikt. Die PKK hat mit furchtbaren Terroranschlägen zur Eskalation beigetragen. Mit dem Ausschalten der friedlichen Opposition und einer freien Medienberichterstattung in den kurdischen Gebieten spielt Erdoğan jedoch der PKK in die Hände und trägt seinerseits zur Eskalation bei. Es darf nicht zur Ausweitung des Bürgerkriegs auf andere Gegenden der Türkei kommen. Beide Seiten müssen sofort die Waffen ruhen lassen und an den Verhandlungstisch zurückkehren. Es kann nur eine friedliche und politische Lösung der Kurdenfrage geben.

Präsident Erdoğan wird mit seiner extrem repressiven Politik und seinem militärischen Vorgehen gegen Kurd*innen zu einem Risikofaktor für die Türkei, für die ganze Region, und auch für Europa. Mit seinen fragwürdigen Alleingängen in den Konflikten in Syrien und im Irak verschärft er die äußerst angespannte Lage in der Region noch zusätzlich.

Gegen jeglichen Putsch in der Türkei

Wir verurteilen den Putschversuch in der Türkei vom Juli 2016 auf das Schärfste. Die Nacht des 15. Juli war für viele Menschen in der Türkei ein traumatisches Erlebnis. Viele fühlten sich an vergangene Staatsstreiche erinnert, denen jeweils eine dunkle Zeit geprägt von massiven Menschenrechtsverletzungen folgte und die die demokratische Entwicklung des Landes jeweils um viele Jahre zurückwarfen. Vor diesem Hintergrund ist anzuerkennen, wie viele Menschen, quer durch alle Schichten und politischen Lager, sich den Putschisten mutig entgegen stellten. Die Vereitelung des Militärputsches ist insgesamt eine demokratische Leistung, für die den Menschen in der Türkei unser Respekt gebührt. Dabei kam es leider auch zu Gewalt und gar Fällen von Lynchjustiz, die dringend rechtsstaatlich aufgearbeitet werden müssen. Eine Militärdiktatur hätte schlimmste Folgen für das Land gehabt.

Es war jedoch eine fatale Entscheidung der Regierung in Ankara, mit einem zivilen Gegen-Putsch darauf zu antworten. Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung wird seitdem die Repression massiv erhöht. An die 170 Presseorgane wurden in den letzten Wochen verboten. In den Kurdengebieten ist eine kritische Berichterstattung heimischer Medien so gut wie nicht

mehr möglich. Hunderte kritische Journalist*innen, Publizist*innen und Literat*innen wie Asli Erdoğan oder die Brüder Altan wurden mit dem Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung festgenommen und sitzen nun in Gefängnissen ohne jeden Rechtsbeistand fest. Auch Schulen und Universitäten sind von der Repression betroffen. Staatspräsident Erdoğan hat nun freien Zugriff auf die Ernennung von Universitätspräsident*innen.

In der Türkei gibt es aktuell ein Klima der Angst. Jede und jeder, der Kritik an der Regierung oder dem Staatspräsidenten äußert, ist in Gefahr, verhaftet zu werden. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung können mittlerweile regierungskritische Äußerungen jeglicher Art zu einer Verhaftung oder Entlassung aus dem Staatsdienst führen. Den Ausnahmezustand nutzt die türkische Regierung, um auch gegen Richter*innen und Staatsanwält*innen vorzugehen. Eine sehr bedrohliche Entwicklung ist die Bewaffnung von Funktionären und Parteikadern der AKP, die in Notsituationen auch die regulären Sicherheitskräfte ersetzen sollen. Damit ist eine weitere Radikalisierung und Zunahme der Gewalt in der Türkei zu befürchten.

Auch die Entwicklung der allgemeinen Menschenrechtslage ist besorgniserregend. Amnesty International und Human Rights Watch liefern zutiefst beunruhigende Berichte über die Rückkehr der überwunden geglaubten Folter in türkischen Gefängnissen. Die Zahl der Selbstmorde in den Gefängnissen hat dramatisch zugenommen. Rechtliche Schutzmaßnahmen gegen Folter wie der Zugang zu Rechtsschutz werden beschnitten.

Die Ankündigung Erdoğans, das Parlament über die Einführung der Todesstrafe abstimmen zu lassen, verurteilen wir aufs Schärfste. Sollte es tatsächlich zur Wiedereinführung der Todesstrafe kommen, muss das zu einem sofortigen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen führen. Auch die Mitgliedschaft im Europarat würde damit beendet werden müssen.

Leider hat die Bundesregierung viel zu lange weggeschaut und die massiven Missstände in der Türkei ignoriert – und damit wichtige Einflussmöglichkeiten fahrlässig verspielt.

Es war ein riesiger Fehler der schwarz-gelben Koalition 2005, den damals hoffnungsvollen EU-Beitrittsprozess durch die Debatte über eine „privilegierte Partnerschaft“ zu entwerten. Damit wurden die demokratischen Entwicklungen in der Türkei ausgebremst statt gefördert, demokratische und liberale Kräfte in der Türkei wurden enttäuscht statt ermuntert und die Bundesregierung hat das wichtigste Instrument zur Einflussnahme geschwächt - den Beitrittsprozess.

Die Bundesregierung muss jetzt entschieden handeln

Die Bundesregierung muss nun – im Einklang mit den europäischen Partner*innen – ein starkes Signal an Ankara senden: Wir protestieren gegen die Abkehr von demokratischen und rechtsstaatlichen Werten durch den EU-Beitrittskandidaten Türkei.Wenn wir in Deutschland und der Europäischen Union jetzt nicht unsere Stimmen erheben, dann lassen wir nicht nur die vielen mutigen Menschen in der Türkei, die weiterhin für ihre kritische Haltung offen eintreten und damit sehr viel riskieren, im Stich. Wir beschädigen auch unsere Glaubwürdigkeit als europäische Wertegemeinschaft.

Nach der Debatte über die „Privilegierte Partnerschaft“ ab 2005 war der Flüchtlings-Deal ein weiterer Schlag ins Gesicht der Reformkräfte, und eine Unterstützung für den Entdemokratisierungskurs Erdoğans. Das zögerliche Agieren der Bundesregierung sowie die immer wiederkehrenden Drohungen von türkischer Seite gegenüber Europa belegen, wie erpressbar sich die EU von Erdoğan gemacht hat. Das Abkommen mit der Türkei ist eine Folge der Weigerung der EU, zu einer gemeinsamen solidarischen Lösung in der Flüchtlingskrise zu

kommen. Wir fordern daher eine eigenständige Antwort der EU auf die Flüchtlingsfrage. Diesen EU-Türkei-Deal wollen wir beenden.

Die Türkei ist das größte Aufnahmeland von Flüchtlingen. Deshalb steht die EU in der Pflicht, mit der Türkei in der Region zusammen zu arbeiten, um die Lage der3,1 Millionen Flüchtlinge zu verbessern, die sich aktuell in der Türkei befinden.Wir fordern die umfassende humanitäre und politische Unterstützung der EU für die Geflüchteten in der Türkei. Die EU muss auf die Einhaltung ihrer Menschenrechte bestehen, ausreichend finanzielle Hilfe leisten und sicherstellen, dass diese bei den Geflüchteten ankommt und deren Lage effektiv verbessert. Dies beinhaltet auch eine viel stärkere Unterstützung Griechenlands bei der Erstaufnahme und Versorgung von Geflüchteten. Es kann nicht sein, dass wir in der EU der AKP-Regierung die volle Verantwortung für die Geflüchteten überlassen und uns so vor der eigenen Verantwortung in der Flüchtlingspolitik wegducken. Einer Regierung, welche die Menschenrechte mit Füßen tritt und deren gnadenlose Politik gerade dafür sorgt, dass in der Türkei selbst neue Fluchtgründe entstehen. Wir fordern ein sofortiges Beenden aller Abschiebungen in die Türkei.

Bereits 1963 wurde den Türk*innen die Visafreiheit in Aussicht gestellt. Durch die Verknüpfung der Visa-Freiheit mit dem Flüchtlings-Deal werden die Bürger*innen der Türkei zu Geiseln der Allmachtspolitik von Präsident Erdoğan gemacht. Dabei ist es gerade jetzt wichtig, den Austausch zwischen der türkischen und der europäischen Gesellschaft zu intensivieren, mehr Kanäle zu öffnen sowie die Ausreise aus der Türkei zu ermöglichen und gleichzeitig auf die Erfüllung der EU-Bedingungen - der Veränderung der Anti-Terrorgesetze und der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien - zu bestehen. Darüber hinaus fordern wir, politisch Verfolgte aus der Türkei in Deutschland großzügig aufzunehmen.

Da in der Türkei momentan eine kritische Berichterstattung kaum mehr möglich ist, wollen wir auch den Zugang zu Informationen aus Europa unterstützen. Dafür sollte die Unterstützung türkischsprachiger Medien, wie die türkischsprachigen Programme der Deutschen Welle oder von Euronews ausgebaut werden. Wir fordern, türkische Journalist*innen, die sich in Europa aufhalten, mit besonderen Programmen zu fördern.

Präsident Erdoğan arbeitet inzwischen gegen den EU-Beitritt seines Landes, weil seine politischen Ziele und die Werte Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und offene Gesellschaften nicht miteinander kompatibel sind. Eine Mehrheit der türkischen Gesellschaft möchte jedoch Demokratie und unterstützt den EU-Beitrittsprozess. Die EU-Beitrittsverhandlungen jetzt komplett abzubrechen, würde das falsche Signal nach Ankara und an die türkische Gesellschaft senden. De facto liegen die EU-Beitrittsverhandlungen bereits auf Eis. Derzeit ist nicht vorstellbar, mit einer türkischen Regierung weiter zu verhandeln, die auf allen Gebieten Rückschritte macht, wo es so dringend Fortschritte bräuchte. Dies zu ändern, liegt bei der türkischen Regierung. Gleichzeitig dürfen wir aber auch nicht die Falschen bestrafen. Die Zivilgesellschaft und die Opposition in der Türkei brauchen uns jetzt mehr denn je. Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.

Der Abzug der Bundeswehr aus Incirlik ist überfällig, wir haben diesen Einsatz immer schon kritisiert. Es ist außerdem inakzeptabel, dass erneut eine Besuchsanfrage eines Bundestagsabgeordneten auf dem Gelände in Incirlik von der Türkei blockiert wird. Daneben fordern wir den sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte an die Türkei, solange die Türkei Krieg gegen die eigene Zivilbevölkerung im Südosten des Landes führt.

## Begründung

Begründung der Eilbedürftigkeit:

Am Freitag den 28. Oktober kündigte Präsident Erdogan an, das Parlament über die Todesstrafe abstimmen zu lassen, am Montag den 31. Oktober wurden in der Türkei 19 Mitarbeiter*innen der regierungskritischen Zeitung Cumhuriyet festgenommen, am Donnerstag, den 3. November nahm die türkische Polizei mehrere Abgeordnete der HDP fest, darunter deren Vorsitzende Figen Yüksekdag und Selahattin Demirtas und auch in den folgenden Tagen gab es weitere Festnahmen. Diese Eskalation der Lage in der Türkei mit einem Dreifach-Schlag gegen die Pressefreiheit und die Demokratie in der Türkei sowie gegen den EU-Annäherungsprozess lag nach dem offiziellen Antragsschluss und erfordert eine Neubewertung und entschiedenes Vorgehen.

## Weitere Antragsteller*innen

Cem Özdemir (KV Stuttgart); Simone Peter (KV Saarbrücken); Luise Amtsberg (KV Kiel); Ska Keller (KV Spree-Neiße); Ali Yurttagül (KV Berlin-Mitte); Jamila Schäfer (KV München); Frithjof Schmidt (KV Bochum); Berivan Aymaz (KV Köln); Sara Nanni (KV Münster); Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha); Toni Hofreiter (KV München Land); Rebecca Harms (KV Lüchow-Dannenberg); Omid Nouripour (KV Frankfurt/ Main); Hasret Karacuban (KV Köln); Moritz Heuberger (KV Heidenheim); Anna Cavazzini (KV Friedrichshain Kreuzberg); Muhterem Aras (KV Stuttgart); Felix Deist (KV Essen); Stephan Bischoff (KV Magdeburg)